

Das Projekt

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland

Eine 10-Jährige Langzeituntersuchung mit einer jährlichen Bevölkerungsumfrage zur Abwertung und Ausgrenzung von schwachen Gruppen.

Laufzeit: 2002-2012

Gefördert durch ein Stiftungskonsortium unter Federführung der VolkswagenStiftung,
der Freudenberg Stiftung und der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung

Das Projekt Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland

Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern an ihrem Umgang mit schwachen Gruppen. Dieser drückt sich in vielerlei Hinsicht aus:

Ökonomische Umverteilungen von unten nach oben, Entfernungen aus dem öffentlichen „Verkaufsraum“, Generalverdächtigungen gegenüber Lebensstilen oder religiösen Überzeugungen ganzer Gruppen sind nur einige Varianten. Auch werden einige Gruppen gegen andere instrumentalisiert oder als Bedrohungspotential auf die öffentliche Tagesordnung gehoben. Eine andere Variante ist, die Situation schwacher Gruppen gar nicht erst zu thematisieren, sie also aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion auszuschließen, zu vergessen, um nicht über Verbesserungen ihrer Lage nachdenken zu müssen. Klammheimlich kann hier auch die „Schuldumkehr“ einsetzen, die die Ursachen für Abwertungen – quasi als Entlastung für die Gesellschaft – einer abgewerteten Gruppe selbst zuschreibt.

Ein zentrales Motiv steht hinter allen diesen Erscheinungsweisen, Instrumentalisierungen und Entwicklungen: Das Bestreben, die Ungleichwertigkeit von Gruppen und ihrer Mitglieder aufrechtzuerhalten oder gar auszubauen, um letztlich die Position der eigenen Gruppe abzusichern. Abwertung und Ausgrenzung dienen diesem Ziel. Dazu gehört auch die Auflösung von Grenzen zur Sicherung ihrer physischen und psychischen Integrität, die ihnen ein Leben in Anerkennung und möglichst frei von Angst ermöglichen.

Daher geht es immer wieder um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen in dieser Gesellschaft leben, Anerkennung erfahren oder aber **feindseligen Mentalitäten** ausgesetzt sind.

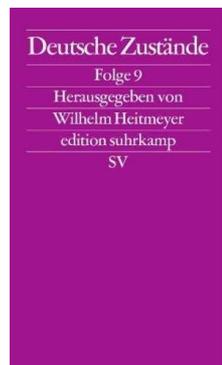
Hier sind wir mit einer bemerkenswerten Ungleichzeitigkeit konfrontiert. Auf der einen Seite werden von der Politik durchaus Anstrengungen etwa zur rechtlichen Gleichstellung bzw. Anti-Diskriminierung unternommen. Auf der anderen Seite sind deren Effekte offenkundig nicht hinreichend für eine deutliche Veränderung von Einstellungen in der Bevölkerung und für ein besseres Zusammenleben von Gruppen. Auch werden ‚neue‘ Gruppen als Adressaten von Abwertung und Ausgrenzung entdeckt, z.B. Langzeitarbeitslose oder Muslime.

Vor diesem Hintergrund sind für die Bundesrepublik drei zentrale Fragen ständig immer wieder aufs Neue zu klären:

- In welchem **Ausmaß** wird die Würde von schwachen Gruppen, d.h. solchen, die über wenig Einfluss und Macht verfügen, durch abwertende, ausgrenzende Einstellungen und diskriminierendes Verhalten anderer Personen angetastet?
- Wo werden **Veränderungen** in den Ausmaßen und Zusammenhängen im Zeitverlauf erkennbar?
- Welche **Erklärungen** lassen sich dafür finden, dass sich menschenfeindliche Mentalitäten in dieser Gesellschaft hartnäckig halten oder sogar ausbreiten? Hieraus lassen sich dann auch Hinweise für die Intervention und Prävention ableiten.

Das Projekt zur **Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit** des **Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG)** der Universität Bielefeld untersucht diese Fragen seit 2002 für einen Zeitraum von 10 Jahren. Jährlich werden 2.000 repräsentativ ausgewählte Personen in Deutschland zu ihren Einstellungen gegenüber schwachen Gruppen befragt. Zudem wurden zeitgleich im Abstand von zwei Jahren die gleichen Personen erneut befragt. Das ermöglicht, die Konstanz oder Änderung von Einstellungen bei diesen Personen zu beobachten und mögliche Ursachen für Veränderungen zu analysieren. Außerdem haben wir in 2008 das Ausmaß von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* in insgesamt acht europäischen Ländern erhoben. Dadurch lassen sich die Befunde in Deutschland in den europäischen Rahmen einbetten. Im fortlaufenden Projekt „Sozialraumanalysen“ erfassen und analysieren wir zudem *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in lokalen Räumen wie kleinen Gemeinden oder Stadtteilen. Interessierte Gemeinden können sich hierin einwerben. Darüber hinaus ist ein seit 2004 von der DFG gefördertes **Graduiertenkolleg "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Ursachen, Phänomenologie und Konsequenzen"** eng an das Projekt angeschlossen. Hier untersuchen junge Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler spezifische Fragestellungen zum Thema der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* aus unterschiedlicher wissenschaftlicher Perspektive und mit einer Bandbreite wissenschaftlicher Methoden. Mittlerweile haben rund 50 Kollegiatinnen und Kollegiaten ihre Promotion abgeschlossen bzw. arbeiten derzeit daran.

Auf den folgenden Seiten werden das Projekt sowie einige zentrale Ergebnisse der bisherigen Survey-Befragungen vorgestellt. Die Ergebnisse der bisherigen Forschungstätigkeit können hier nur schlaglichtartig beleuchtet werden. Detaillierte Analysen finden sich u.a. in den jährlich erscheinenden „Deutschen Zuständen“ (bisher: Folge 1-9), herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer im Suhrkamp Verlag und vielen weiteren Publikationen aus dem Projekt.



Was ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit?

Das Forschungsprojekt geht der Frage nach, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft sowie mit verschiedenen Lebensstilen in dieser Gesellschaft von der Mehrheit wahrgenommen werden und mit feindseligen Mentalitäten konfrontiert sind. Im Mittelpunkt steht also das, was wir die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* nennen. Aufgrund seiner Spannweite sprechen wir von einem Syndrom *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Es ist aus Vorurteilen gegenüber einer Reihe ganz unterschiedlicher Gruppen zusammengesetzt, deren Gleichwertigkeit

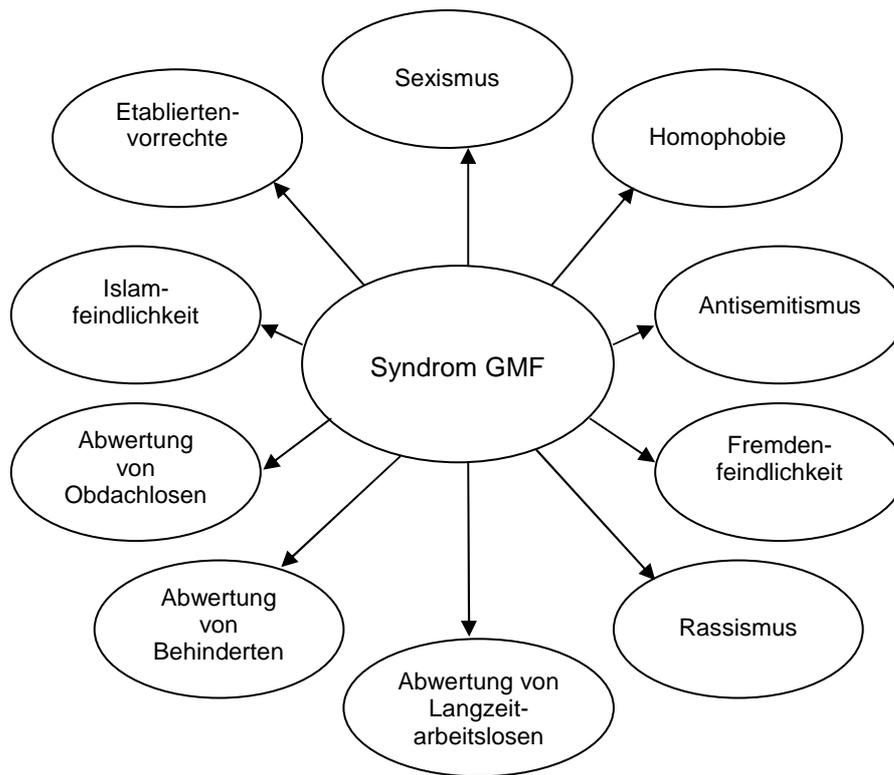
und Unversehrtheit in Frage gestellt wird. Der gemeinsame Kern des Syndroms ist somit eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Welche spezifischen Gruppen jeweils zu dem Syndrom gehören, hängt nicht zuletzt von gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen ab. Allerdings lassen sich viele Gruppen erkennen, die über lange Zeit hinweg und über unterschiedliche kulturelle Kontexte und Phasen hinweg Adressaten von Abwertung und Ausgrenzung waren und sind.

Auf der Basis empirischer Analysen berücksichtigen wir in Deutschland mittlerweile zehn anstatt ursprünglich sieben Elemente von Menschenfeindlichkeit: Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, die Abwertung von homosexuellen, behinderten, obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen sowie die Demonstration von Etabliertenvorrechten gegenüber Neuankömmlingen. Diese Auswahl ist sicher nicht erschöpfend und kann sich je nach gesellschaftspolitischer Entwicklung ggf. ändern.

Wir können empirisch zeigen, dass die bisher berücksichtigten zehn Elemente der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* eng miteinander zusammenhängen. D.h., wer z.B. fremdenfeindliche Einstellungen vertritt, neigt mit einiger Wahrscheinlichkeit auch dazu, antisemitische, sexistische und homophobe Einstellungen zu vertreten. Feindselige Einstellungen richten sich also zumeist nicht nur gegen eine, sondern vielfach gegen mehrere Gruppen. Dies gilt selbstverständlich nicht in jedem Einzelfall, aber im Durchschnitt über viele Befragte hinweg. Zudem können wir nachweisen, dass diese unterschiedlichen Vorurteile aus einem gemeinsamen Kern gespeist werden, der sich als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit identifizieren lässt. Die Befunde unterstreichen die These, dass es sich bei der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* um ein latentes Konstrukt mit dem gemeinsamen Kern der Ungleichwertigkeit handelt. Trotz ihrer engen Verbindung sind die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Elementen unterschiedlich eng.

Der Zusammenhang der einzelnen **Elemente** des Syndroms der Menschenfeindlichkeit spricht dafür, dass eine *Vergiftung einer liberalen Atmosphäre* an verschiedenen Stellen des Syndroms einsetzen und verstärkt werden kann. Diese 'Vergiftung' kann etwa bei jenen Gruppen ansetzen, die schon "traditionelle" Opfer sind, wie ethnische oder religiöse Gruppen, aber auch bei denen, die etwa neuerdings aufgrund von Kapitalinteressen oder aus anderen Gründen verstärkt aus öffentlichen Räumen vertrieben werden, wie z.B. Langzeitarbeitslose. In einem 'vergifteten' Klima könnten sich feindselige Einstellungen ggf. auch auf weitere, bisher noch nicht diskriminierte soziale oder kulturelle Gruppen ausweiten. Es bleibt noch zu prüfen, inwieweit abwertende Einstellungen auf andere Gruppen sozusagen *überspringen* können. Wenn Akteure aus den Eliten unterstützt von Medien Ideologien der Ungleichwertigkeit offen vertreten, könnte dies ein solches Überspringen begünstigen. Abwertende Einstellungen werden oft nicht offen, sondern vornehm verdeckt und politisch scheinbar korrekt vorgebracht, wenn etwa 'nur' **Etabliertenvorrechte** reklamiert werden. Dahinter verbirgt sich jedoch eine massive Verletzung von Gleichheitsgrundsätzen, die jederzeit mit kulturellen oder religiösen Argumenten zu konkreten Abwertungen bestimmter Gruppen 'zugespitzt' werden kann. Abhängig vom jeweiligen 'Klima der Vergiftung' und der Bereitschaft von gesellschaftlichen Eliten lassen sich so bis dato vielleicht nur unterschwellig vorhandene menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung mobilisieren.

Abb. 1: Die Elemente des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



Die Elemente des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

Durch einen Mausklick auf die einzelnen Begriffe erfahren Sie, wie wir die einzelnen Elemente der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlich* definieren und in welchem Ausmaß diese Einstellungen jeweils in der deutschen Bevölkerung zu finden sind. Eine Reihe von Downloads zu einzelnen Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlich* (z.B. Antisemitismus) findet sich unter: www.uni-bielefeld.de/ikg/zick.

1. **Fremdenfeindlichkeit**
2. **Rassismus**
3. **Antisemitismus**
4. **Islamfeindlichkeit**
5. **Etabliertenvorrechte**
6. **Sexismus**
7. **Homophobie**
8. **Abwertung von Menschen mit Behinderung**
9. **Abwertung von Obdachlosen**
10. **Abwertung von Langzeitarbeitslosen**

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit ist die Abwertung von Menschen, die als ethnisch oder kulturell ‚fremd‘ oder ‚anders‘ kategorisiert werden. Hier geht es um die Wahrnehmung von Konkurrenz um knappe, materielle Ressourcen (z.B. Arbeitsplätze, Wohnraum) und eine als bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz (z.B. in Werten, Lebensweisen). Wichtig zu betonen ist, dass es hierbei immer um subjektive Wahrnehmungen geht. Eine ganz andere Frage ist es, ob Menschen, die als ‚Fremde‘ eingeschätzt werden, sich tatsächlich so sehr von der jeweiligen Mehrheit unterscheiden.

Im Erhebungsjahr 2010 stimmten 49% der befragten Deutschen der Aussage „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ „eher“ oder „voll und ganz“ zu (2002: 55%). Der Forderung, die Ausländer in ihre Heimat zurückzuschicken, wenn die Arbeitsplätze knapp werden, stimmen rund 24% zu (2002: 28%). In den vergangenen Jahren war das Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen leicht zurückgegangen. In 2010 deutet sich jedoch eine erneute Trendwende an.

Rassismus

Rassismus umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Abwertungen mit einer konstruierten "natürlichen" oder ‚biologisch fundierten‘ Höherwertigkeit der Eigengruppe bzw. einer Minderwertigkeit einer identifizierten Fremdgruppe begründen. Als Element der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* erfassen wir nur diese klassische Form von Rassismus. Modernere Varianten werden in unregelmäßigen Abständen erfasst. Eine Übersicht über verschiedene Ausdrucksformen des Rassismus findet sich z.B. hier: *Link: http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_2527.asp*

In 2010 sind 11% (2002: 16%) der befragten Deutschen der Ansicht, „die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“. 19% (2002: 22%) meinen, „Aussiedler sollten aufgrund ihrer deutschen Abstammung besser gestellt werden als Ausländer“. Das Ausmaß von Rassismus stagniert weitgehend seit 2002 mit leicht abfallender Tendenz.

Antisemitismus

Antisemitismus definieren wir als feindselige Mentalität gegenüber Juden in all seinen Facetten. Neben klassischen Varianten des Antisemitismus, die traditionelle Stereotype und Konspirationsmythen umfassen, erheben wir in unregelmäßigen Abständen auch transformierte Facetten. Hier werden antisemitische Einstellungen über Umwege kommuniziert, z.B. über eine antisemitische Kritik an Israel oder unter Bezug auf den Holocaust. Antisemitische Konspirationsmythen vertreten in 2010 rund 16% der Deutschen, indem sie der Aussage zustimmen: „Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.“ (2002: knapp 22%). 12,5% (2002: knapp 17%) stimmen der Aussage zu: „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig.“ Antisemitismus in seiner traditionellen Ausprägung hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Allerdings beobachten wir seit 2008 einen erneuten, leichten Anstieg. Das Niveau liegt insgesamt allerdings immer noch unter dem von 2002. Ein signifikanter, erneuter Anstieg ist vor allem bei Israel-bezogenem Antisemitismus zu beobachten. 38% (2004: 44%; 2006: 30%; zuvor nicht erfasst) der Deutschen stimmen in 2010 zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden“. 57% (2004: 68%; 2006: 42%) meinen: „Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser.“ Eine nähere Beschreibung unterschiedlicher Facetten von Antisemitismus und ihr Ausmaß in Deutschland finden sich u.a. hier:

Link: http://www.bpb.de/themen/CTEAZV,0,Antisemitismus_in_Deutschland.html

Link: http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_2171.asp

Weitere Downloads unter: www.uni-bielefeld.de/ikg/zick

Islamfeindlichkeit

Islamfeindlichkeit benennt ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen, ihrer Kultur und ihren öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten. Wie bei den anderen Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* geht es hier um pauschalisierende Bewertungen, stereotypenbasierte Unterstellungen, die übertriebene Vermutung kultureller Differenzen und das Anlegen eines doppelten Standards. Derzeit vermischen sich in islamfeindlichen Einstellungen religiöse, kulturalistische, rassistische und sozial-ökonomische Argumentationsmuster. Negative Einstellungen gegenüber Muslimen haben im vergangenen Jahr wieder deutlich zugenommen, so dass sich nach einem leichten Absinken nun wieder ein ähnliches Ausmaß wie zu Beginn unserer Studie in 2002 beobachten lässt. In 2010 befürworteten wie in 2003 (zuvor nicht erfasst) 26% der Deutschen einen Ausschluss von Muslimen, indem sie der Aussage zustimmen: „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Das Gefühl, sich durch die Muslime manchmal wie ein Fremder im eigenen Land zu fühlen, hat von 2003 (31%) auf 2010 (39%) zugenommen.

Weitere Downloads unter: www.uni-bielefeld.de/ikg/zick

Etabliertenvorrechte

Etabliertenvorrechte bezeichnen die Befürwortung einer Vorrangstellung von Alteingesessenen im Vergleich zu Neuankömmlingen, gleich welcher Herkunft. Neuankömmlingen werden gleiche Rechte vorenthalten und somit wird der Grundsatz der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzt. Das Konzept der Etabliertenvorrechte lehnt sich an die Arbeiten ‚Etablierte und Außenseiter‘ von Norbert Elias an, der beobachtete, wie Neuankömmlinge in einer Region wie ‚Fremde‘ aus einem anderen Land behandelt wurden. Unsere Daten unterstreichen die enge Verbindung von Fremdenfeindlichkeit und der Zustimmung zu Etabliertenvorrechten. In 2010 waren fast 65% (2002: 58%) der befragten Deutschen der Ansicht, „wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben“. 38% (2002: 41%) der Befragten geben an, dass den Alteingesessenen mehr Rechte zustehen sollten als neu Hinzukommenden. Die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten ist von einem vergleichsweise niedrigen Ausmaß in 2009 im vergangenen Jahr drastisch angestiegen; zusammengenommen liegt es sogar leicht über dem Ausgangsniveau von 2002.

Sexismus

Sexismus betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und die Befürwortung einer traditionellen Rollenverteilung zu Lasten der Gleichwertigkeit von Frauen. Weil es sich hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit handelt, stellt der Sexismus im Sinne einer Abwertung von Frauen einen Sonderfall dar. Wie auch beim Rassismus, tritt Sexismus nicht nur in seiner klassischen Variante auf, sondern in vielen modernen Spielarten. Dazu gehört etwa die Verleugnung bestehender Ungleichheiten und die Überbetonung individueller Möglichkeiten bei einer gleichzeitigen Ignoranz gegenüber strukturellen Gegebenheiten zuungunsten von Frauen. Der klassische *Sexismus* ist seit 2002 rückgängig. Die Rückverweisung der Frau in die Rolle als Ehefrau und Mutter hat von 29% in 2002 auf 20% in 2010 abgenommen. Die Forderung, als Karrierehelferin

des Mannes zu fungieren und eigene Ambitionen zurückzustellen ist von knapp 19% in 2002 auf 14% in 2010 gesunken. Generell scheint das Bewusstsein für Chancenungleichheit gestiegen zu sein. So empfanden in 2002 nur 55% der Befragten die Diskriminierung von Frauen als ein Problem, in 2008 (danach nicht erfasst) waren dies fast 70%. Zudem erkannten in 2002 nur knapp 58% der Befragten in der Beschäftigungspolitik eine Benachteiligung von Frauen, in 2008 (danach nicht erfasst) stieg die Zahl auf 75%.

Homophobie

Homophobie bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen aufgrund eines „normabweichenden“ sexuellen Verhaltens und die Verweigerung gleicher Rechte. Das Ausmaß abwertender Einstellungen gegenüber homosexuellen Menschen ist seit 2002 rückläufig. In 2010 empfanden es noch 26% (2005: 35%; zuvor nicht erfasst) als „ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.“ 25% sprechen sich 2010 nach wie vor gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus, in 2005 waren dies allerdings noch 42%. Noch immer verurteilen 16% Homosexualität als unmoralisch.

Abwertung von Menschen mit Behinderung

Abwertung von Behinderten bezeichnet feindselige Einstellungen gegenüber Menschen mit körperlichen oder geistigen Besonderheiten, die dadurch als von einer „Normalität“ abweichend betrachtet werden. Dazu gehört auch die Unterstellung und Ablehnung von „zu viel“ Unterstützung dieser Menschen. Gegenüber *behinderten Menschen* ist die Abwertung mit Blick auf alle Aussagen nahezu stagnierend, mit leicht abfallender Tendenz. In 2010 betrachten knapp 9% viele Forderungen von Behinderten als „überzogen“; in 2005 (davor nicht erfasst) waren es noch 15%. 7% der Befragten meinen, für Behinderte würde in Deutschland zu viel Aufwand betrieben (2005: 8%). 6% (2005: 7,5%) sind der Meinung, Behinderte erhielten zu viele Vergünstigungen.

Abwertung von Obdachlosen

Abwertung von Obdachlosen zielt in feindseliger Absicht auf jene Menschen, die Normalitätsvorstellungen eines geregelten Lebens nicht nachkommen. Die Abwertung wohnungsloser Menschen ist seit 2002 insgesamt nahezu unverändert. In 2010 sind 31% (2005: 35%; zuvor nicht erfasst) der Ansicht: „Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.“, man solle „bettelnde Obdachlose [...] aus den Fußgängerzonen [entfernen].“ 34% (2005: 39%) empfanden in 2010 Obdachlose in den Städten als unangenehm. Ein leichter Anstieg von knapp 23% in 2005 auf 28% in 2010 findet sich bei der Unterstellung, die meisten Obdachlosen seien „arbeitscheu“.

Abwertung von Langzeitarbeitslosen

Langzeitarbeitslose wurden im Jahr 2007 als weitere, von Abwertung betroffene Gruppe berücksichtigt. Diese Gruppe wird unter dem Gesichtspunkt mangelnder Nützlichkeit für die Gesellschaft abgewertet. Seit der ersten Erfassung in 2007 haben sich die negativen Einstellungen gegenüber langzeitarbeitslosen Menschen kaum verändert. In 2010 fanden es 59% (2007: 61%) empörend, wenn sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen. 47% (2007: 49%) unterstellten den meisten Langzeitarbeitslosen „nicht wirklich daran interessiert“ zu sein, „einen Job zu finden“.

Weitere Downloads unter: www.uni-bielefeld.de/ikg/zick



Die Entwicklung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2002-2010

Absolute Vergleiche zwischen den einzelnen GMF-Elementen, wie z.B. Antisemitismus ist insgesamt geringer als Islamfeindlichkeit, sind aufgrund ihrer unterschiedlichen Erfassung nicht geboten. *Relative Vergleiche* hingegen, wie z.B. im Jahr 2002 wurde den antisemitischen Aussagen weniger zugestimmt als im Jahr 2009, sind möglich.

Abb. 2a: Mittelwerte der Syndromelemente von 2002 bis 2010

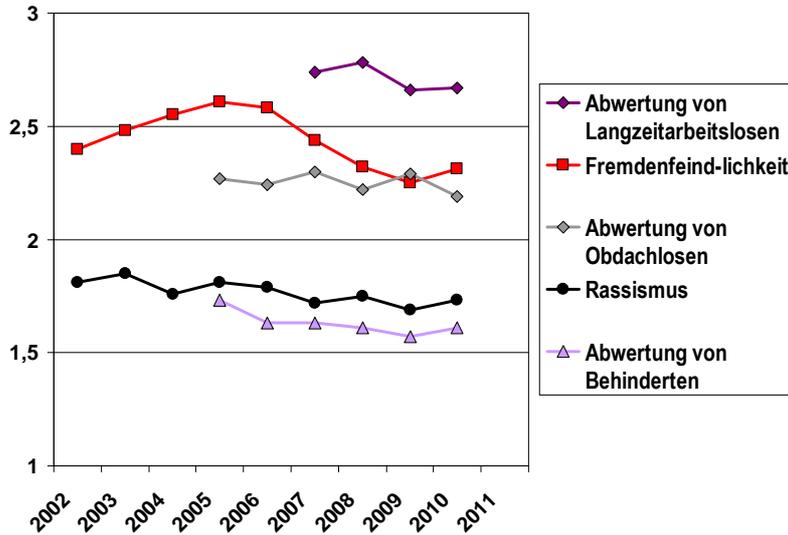
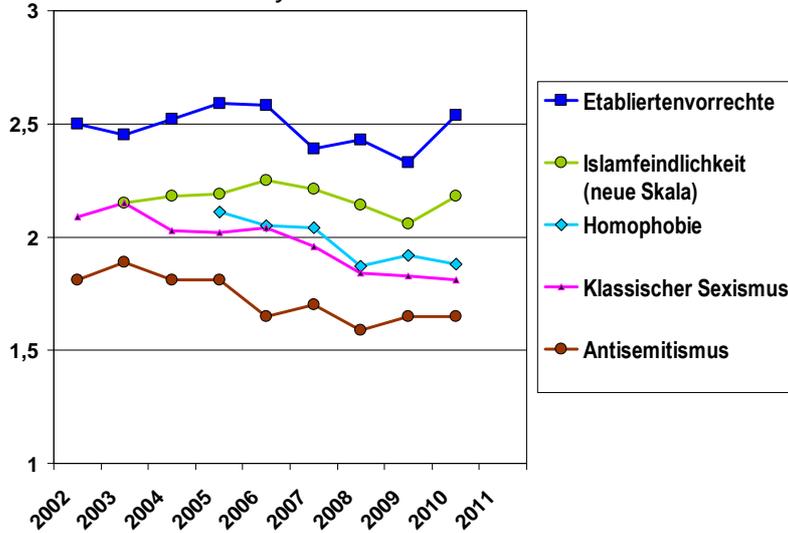


Abb. 2b: Mittelwerte der Syndromelemente von 2002 bis 2010



Die Arbeitsgruppe und ihre Partner

Ein Stiftungskonsortium unter Federführung der **VolkswagenStiftung**, **Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung** und der **Freudenberg-Stiftung** hat die Finanzmittel bereitgestellt, so dass 2002 mit der Arbeit begonnen wurde.

Zu den Kooperationspartnern gehören auch **DIE ZEIT** und der **Suhrkamp-Verlag**. Zentrale Ergebnisse werden jeweils im Herbst eines jeden Jahres in führenden Medien veröffentlicht. Im Suhrkamp-Verlag erscheint gleichzeitig ein jährlicher Report unter dem Titel „**Deutsche Zustände**“, in dem die wissenschaftlichen Befunde mit Essays, Reportagen, Interviews etc. verbunden werden, um eine konzentrierte Aufmerksamkeit auf die Gefährdung oder Zerstörung angst- und gewaltfreien Lebens in dieser Gesellschaft zu richten. Die Ergebnisse werden auf einer jährlichen Pressekonferenz im Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Forschungsteam in 2010:

Bielefelder Team:

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer (Tel.: 0521-1063164; ikg@uni-bielefeld.de)

Prof. Dr. Andreas Zick (Tel.: 0521-1062442; zick@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Soz., M.A. Eva Groß (Tel.: 0521-1063211; eva_maria.gross@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Soz. Daniela Krause (Tel.: 0521-1063091; daniela.krause@uni-bielefeld.de)

Dr. Beate Küpper (Tel.: 0521-1062443; beate.kuepper@uni-bielefeld.de)

Dipl.-Päd. Anna Klein (Tel.: 0521-1063130; anna.klein@uni-bielefeld.de)

Apl. Prof. Dr. Jürgen Mansel (Tel.: 0521-1063166; juergen.mansel@uni-bielefeld.de)

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Steffen Kühnel (Universität Göttingen, Methodenzentrum)

Prof. Dr. Jost Reinecke (Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie)

Prof. Dr. Peter Schmidt (Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaften)

Prof. Dr. Ulrich Wagner (Universität Marburg, Fachbereich Psychologie)